»» Fortsetzung von Seite 1

in der Vergangenheit immer wieder Überlegungen und auch Beschlüsse, die Schule aus Kapazitätsgründen an einem anderen Standort neu zu bauen und zu erweitern. Es wurde schon über Standorte diskutiert. Vielleicht ist es aber perspektivisch unter Berücksichtigung der Schülerzahlen sinnvoll, dass die Schule an ihrem Standort verbleibt, sie aber soweit ertüchtigt wird, dass hier auch künftige Schülergenerationen vernünftig lernen können.

Neu ist, dass auch über eine Auslagerung des Horts nachgedacht wird. Sollte der angedachte Immobilientausch zwischen Landkreis und Gemeinde zum Tragen kommen und die Gemeinde das Grundstück und die Immobilie der jetzigen Förderschule am Amselsteg übernehmen, dann könnte die Spreti-Villa als Hort der Fallada Grundschule genutzt werden. Allerdings steht hier die Entfernung zwischen den Grundstücken gegen solch eine Nutzung.

Für uns ist auch eine anderweitige Nutzung der Spreti-Villa vorstellbar. Warum nicht auf dem Gelände einen Ort der Begegnungen einrichten, der von Bürgern und Vereinen genutzt werden kann. So etwas fehlt im nördlichen Teil Neuenhagens.

Fazit

Die rückläufigen Kinderzahlen in der Gemeinde sind ein komplexes Problem, das sowohl Kitas als auch Schulen und uns alle vor große Herausforderungen stellt. Um diese zu meistern, sind innovative Ansätze gefragt.

Was hindert uns, zukünftig eine Bauweise für Neubauten der Gemeinde zu wählen, die es uns ermöglicht, ohne hohen finanziellen und baulichen Aufwand die Nutzung der Gebäude entsprechend den Bedürfnissen der demografischen Entwicklung anzupassen? Aus einem Kindergarten wird so schnell ein Hort, aus einer Schule ein altersgerechtes Wohnen. Architekten und Baufirmen haben diesen Trend bereits erkannt und bieten solche Lösungen an.

Und wir müssen proaktiv und verstärkt auf familienfreundliche Maßnahmen setzen. Dazu gehören der Ausbau von Freizeitangeboten, die Schaffung von Wohnraum zu erschwinglichen Preisen aber auch die Förderung von Arbeitsplätzen in der Region.

Nur so kann eine positive Entwicklung für die kommenden Generationen gewährleistet werden.

Heimatzeitung NEUENHAGENER ECHO und Amtsblatt für die Gemeinde

Von Matthias Dreyer. Auf Wunsch der Gemeindeverwaltung soll das Amtsblatt für die Gemeinde, welches bislang als gedruckte Beilage der Abo-Zeitung „Neuenhagener Echo“ erschien, zukünftig in digitaler Form auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht werden. Daneben soll es zeitgleich an den drei Infokästen für amtliche Bekanntmachungen ausgehängt, gedruckte Exemplare sollen im Bürgerservice des Rathauses vorgehalten werden.

Das „Neuenhagener Echo“ mit jährlich 12 Ausgaben gibt es seit 1963, zu DDR-Zeiten herausgegeben von der Nationalen Front. Nach der Wende fungierte die Gemeinde Neuenhagen kurzzeitig als Herausgeber, bis es 1992 zu einem Verkauf der Heimatzeitung an das Märkische Medienhaus in Frankfurt/O. kam. Die Veröffentlichung des beigelegten Amtsblatts der Gemeinde ist jedoch abhängig von verfahrens- und druckbedingten Fristen, die ein zeitlich flexibles Erscheinen erschweren, zumal auch der Umfang durch die Seitenanzahl festgelegt ist, selbst wenn nicht genügend Inhalte zur Verfügung stehen.

Einerseits ist der Wechsel vom Printmedium hin zu den digitalen Kanälen zu begrüßen, andererseits bedeutet dies aber auch einen Verlust an Tradition, (ältere) Mitbürger werden unter Umständen das haptische „in Händen halten“ vermissen. Und was bedeutet das für das „Neuenhagener Echo“? Deutet sich hier ein „Sterben auf Raten“ an?

Aktuell besteht das „Neuenhagener Echo“, redaktionell vom Märkischen Medienhaus verantwortet, zu großen Teilen aus Artikeln, die zuvor schon in der Tageszeitung MOZ (Märkische Oderzeitung) erschienen sind, das Engagement des Verlagshauses in die monatliche Heimatzeitung wirkt gebremst, zumal vermutlich auch die Schere zwischen steigenden Herausbringungskosten und überschaubaren Abonnentenzahlen größer wird. Die Gemeinde Neuenhagen bezuschusst das Märkische Medienhaus für das Neuenhagener Echo nebst Amtsblatt mit einem jährlich mittleren fünfstelligen Betrag, die Namensrechte am „Neuenhagener Echo“ liegen beim Märkischen Medienhaus, die Gemeinde hat diesbezüglich keine Rückkaufoption.

Die Gemeindevertretung hat am 7. April mit großer Mehrheit beschlossen, dass das Amtsblatt in digitaler Form auf der Homepage der Gemeinde (sowie gedruckt in den Schaukästen) erscheint und dafür die Hauptsatzung der Gemeinde anzupassen ist. Ferner soll in Gespräche mit dem Märkischen Medienhaus eingetreten werden.

Wie ist Ihre Meinung zur Zukunft des „Neuenhagener Echo“?

Eröffnung des Kontakt- und Projekthauses Ziegelstraße in Neuenhagen am 5. Juli 2025

Von Michael Assig. Nach intensiver Planungs- und Bauphase ist es nun soweit: Am 5. Juli 2025 wird das neue Kontakt- und Projekthaus in der Ziegelstraße in Neuenhagen feierlich eröffnet und offiziell seiner Nutzung übergeben.

Das Objekt in der Ziegelstraße kurz vor der Fertigstellung. Foto: U. Broniecki

Das Gebäude steht künftig insbesondere den Jugendlichen der Gemeinde sowie den Jugendkontaktsozialarbeiter:innen zur Verfügung und soll als zentraler Treffpunkt für Austausch, Projekte und kreative Gestaltung dienen. Mit der Übergabe beginnt nun eine neue Phase: die aktive Mitgestaltung durch Eigeninitiative – im Innenbereich ebenso wie im Garten.

Im Vorfeld der Eröffnung wurden die Bauarbeiten durch Fachfirmen erfolgreich abgeschlossen. Dazu zählen unter anderem:

- Verlegung neuer Fußböden und die umfassende Sanitärinstallation,
- Fliesenarbeiten im Innenbereich,
- die Gestaltung der Außenanlagen mit neuen Parkplätzen und Pflasterflächen.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die barrierearme Zugänglichkeit von Grundstück und Gebäude gelegt – so ist der Zugang jetzt nahezu barrierefrei möglich. Zudem wurde ein Toilettencontainer auf dem Grundstück so aufgestellt, dass er besonders für die Außennutzung gut erreichbar ist – ein wichtiger Schritt für die flexible Nutzung des Geländes bei Veranstaltungen oder offenen Angeboten.

In einem Interview betonte Herr Knospe, Fachbereichsleiter des Fachbereichs IV (Hochbau, Gebäudemanagement und Bauhof), die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten: „Die Kooperation mit den Jugendkontaktsozialarbeiterinnen und -arbeitern war durchweg konstruktiv und zielorientiert. Jetzt liegt es in den Händen der Jugendlichen, den Ort mit Leben zu füllen.“

Mit dem neuen Kontakt- und Projekthaus erhält die Jugend in Neuenhagen einen Raum, der nicht nur zum Verweilen, sondern auch zur aktiven Teilhabe und Mitgestaltung einlädt. Herzliche Einladung zur Eröffnung am 5. Juli 2025!

Es erfüllt uns mit Freude, dass wir gemeinsam mit der Fraktion ein Projekt unterstützen konnten, das Gutes bewirkt und wirklich gebraucht wird.

Mittendrin statt nur dabei – Kommunalpolitik konkret mitgestalten

Interessierte Einwohner:innen sind herzlich willkommen!

Haben Sie Interesse, sich stärker an der Entwicklung unserer Gemeinde zu beteiligen? Die Beratungen in den Fachausschüssen zu bereichern und dabei besonders auf soziale Belange zu achten? Sie wollten schon immer mal ins Gespräch mit den Mitgliedern unserer Fraktion kommen oder haben konkrete Anregungen und Fragen?

Dafür ist Platz in unseren Beratungen der Fraktion! Darüber hinaus informieren wir Sie gern, wie Sie bspw. als „Sachkundige:r Einwohner:in“ in der Gemeindevertretung mitwirken können. Wir freuen uns, wenn Sie die Arbeit unserer Fraktion unterstützen und mitgestalten möchten.

Der nächste Termin einer Fraktionssitzung ist der 17.09.2025 um 18.00 Uhr im Fraktionsraum des Rathaus-Neubaus. Gern können Sie uns auch per E-Mail erreichen unter **neuenhagen@dielinke-mol.de.**

Bis bald!
Die Fraktion Die Linke

Impressum
ANSICHTEN – AUSSICHTEN *kommunal*
Herausgeber: Die Fraktion Die Linke in der Gemeindevertretung Neuenhagen bei Berlin
Klaus Kann, Fraktionsvorsitzender
An der Trainierbahn 23 ·
15366 Neuenhagen bei Berlin

Redaktionsteam: Ulrich Broniecki, Dr. Ilka Goetz, Klaus Kann

Die Zeitung wurde aus Mitteln für die Arbeit der Fraktion Die Linke in der Gemeinde Neuenhagen bei Berlin finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

E-Mail: neuenhagen@dielinke-mol.de

Juni 2025

Die Linke
Fraktion in der Gemeindevertretung Neuenhagen bei Berlin

ANSICHTEN – AUSSICHTEN
kommunal

NEUENHAGENER ECHO und Amtsblatt für die Gemeinde – wie geht es weiter? ▶ S. 3
Ernst-Thälmann-Straße: Altlast oder Zukunftschance? ▶ S. 4-5
Kontakt- und Projekthaus Ziegelstraße kurz vor der Eröffnung ▶ S. 6

Neuenhagen und der demografische Wandel

Klaus Kann

Der demografische Wandel hat auch Neuenhagen erreicht. Das zeigt sich in der Veränderung der Altersstruktur unserer Einwohner:innen. Und ein zentrales Merkmal ist die sinkende Geburtenrate.

Ich will hier nicht auf die Ursachen für sinkende Kinderzahlen eingehen. Die Gründe reichen von wirtschaftlicher Unsicherheit, dem Wunsch nach beruflicher Selbstverwirklichung und auch steigende Lebenshaltungskosten spielen hier sicherlich eine große Rolle.

Mir geht es um die Auswirkungen, die diese Entwicklung auf unsere Gemeinde hat.

Die Zahl der Neugeborenen und damit die Kinderzahlen sinken kontinuierlich. Während noch 2021 in unserer Gemeinde 121 Geburten zu verzeichnen waren, sind es 2024 nur noch 97 Geburten.

Diese Entwicklung hat weitreichende und direkte Auswirkungen auf die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Struktur unserer Gemeinde. Und auch auf die Bildungslandschaft, insbesondere auf Kindertagesstätten und Schulen.

Während noch vor einigen Jahren Kindergarten- und Grundschulplätze eher knapp waren, kämpfen Kitas und Schulen jetzt mit ungenutzten Kapazitäten.

Auswirkungen auf Kitas

Weniger Kinder bedeuten also oft eine geringere Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Hinzu kommt, dass der Betreuungsgrad schon jetzt in der Altersgruppe 0–6 Jahre, also durch unsere Kinderkrippen und Kitas, nur bei 75 % liegt. Von 1084 Kinder in dieser Altersgruppe wurden 813 Ende 2024 in den Einrichtungen betreut.

Dies kann dazu führen, dass Kitas schließen oder ihre Öffnungszeiten reduzieren müssen. In einigen Fällen müssen Einrichtungen sogar Personal abbauen, was nicht nur die Beschäftigten betrifft, sondern auch die Qualität der Betreuung beeinträchtigen kann. Eine geringere Anzahl an Kindern kann zudem die Vielfalt der Gruppen verringern, was sich negativ auf die sozialen Lernprozesse der Kinder auswirken kann.

KITA „Wilhelm Busch“. Foto: U. Broniecki

Auswirkungen auf Schulen

Auch die Schulen sind von diesem Trend betroffen. Mit weniger Schülern sinkt die Anzahl der Klassen. Im schlimmsten Fall kann dies zu einer Schließung von Schulen führen, was für die betroffenen Familien zusätzliche Wege und Herausforderungen mit sich bringt. Zudem kann der Rückgang der Schülerzahlen die Finanzierung der Schulen beeinflussen, da viele staatliche Mittel an die Anzahl der eingeschriebenen Schüler gekoppelt sind. Dies könnte langfristig zu einem Rückgang der Bildungsqualität führen.

Das bedeutet auch, dass wir als Gemeinde neu denken müssen. Benötigen wir noch neugebaute Kitas oder Grundschulen? Oder reicht es, vorhandene Einrichtungen zu modernisieren und auch Einrichtungen z. B. Kitas, die durch sehr kurze Wege getrennt sind, zusammenzulegen?

Das trifft perspektivisch auch auf Schulen zu. Hier sei als Beispiel die Fallada-Grundschule genannt. Es gab

weiter auf Seite 3 »»

Kurz und Knapp

Aktuelle Informationen aus der Fraktion
Gern geben wir Ihnen an dieser Stelle wieder einen Überblick über Entscheidungen, die uns in den zurückliegenden Monaten beschäftigt haben und auch für Sie von Bedeutung sind. Und zwar kurz und knapp.

Eröffnung der Brandenburgischen Seniorenwoche

Die zentrale Eröffnung mit dem Ministerpräsidenten fand Ende Mai in unserem Bürgerhaus statt. Der passende Ort – nicht nur, weil hier alles auf den Punkt überaus festlich hergerichtet war und die Anwesenden mit viel Interesse im Anschluss den „Markt der Möglichkeiten" besucht haben, sondern weil das große Engagement des Seniorenbeirats in unserer Gemeinde wirklich beispielhaft ist. Die in der Festveranstaltung mehrfach ausgesprochene Frage, was wäre die Gemeinde, was wäre das Land ohne das Engagement der Älteren, war zum Glück eine rhetorische! Danke für das ehrenamtliche Wirken aller! Und ebenso Danke an die Verwaltung im Rathaus für die Unterstützung des Ehrenamts!

Künftige Nutzung des alten ALDI-Standorts

Schon lange vor dem Bau des neuen Einzelhandel-Standorts am Gruscheweg wurde der Beschluss zur Prüfung einer künftigen Nutzung für das Gemeinwesen beschlossen. Nach zwischenzeitlichen Diskussionen im Herbst 2024 gab es Anfang Juni einen Vor-Ort-Termin der Mitglieder des Kultur- und Sozialausschusses, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Perspektiven des Standorts für die Gemeinwesen-Nutzung sollten wir nicht einfach mit Verweis auf räumliche Lage und ÖPNV zur Seite wischen, sondern angemessen abwägen. Vielleicht haben Sie hierzu weitere Hinweise?

Mehr Transparenz bei WSE-Entscheidungen

Der hierzu vorgelegte Antrag hat tatsächlich keine Mehrheit gefunden. Worum ging's? Die entsprechenden Unterlagen für die Sitzungen des WSE – für unseren Wasserverband! – sollten im Vorfeld auch den Mitgliedern der Gemeindevertretung bereitgestellt werden. Schließlich soll die Gemeindevertretung Bescheid wissen und im Bedarfsfall dem Bürgermeister auch Beschlussempfehlungen geben können. Auf welcher Informationsgrundlage sollte sie dies sonst tun können? Es bleibt also so wie bisher. In Hoppegarten ist übrigens ein solcher Antrag in der Gemeindevertretung angenommen wurden. Ohne Worte.

Spielplätze und Sportstätten in der Gemeinde

Noch in der alten Wahlperiode wurden hierzu zwei Beschlüsse gefasst, dass durch die Verwaltung im 1. Halbjahr 2025 überarbeitete Konzeptionen vorgelegt und beraten werden. Mit 1. und 2. „Lesungen" gibt es dazu auch etablierte Formate, so dass Anregungen aus den Ausschüssen und Beiräten sowie aus der Einwohnerschaft berücksichtigt werden. Im Kultur- und Sozialausschuss (KSA) wurde seitens der Verwaltung nun auf die Befragung der Kinder und Jugendlichen hingewiesen, deren Ergebnisse abgewartet werden sollen. Das ist sicher sinnvoll. Wir werden nach Sommerpause im KSA nachfragen und die zügige Vorlage und Diskussion einfordern.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Bitte keine leeren Worte, sondern echte Mitwirkung! Seitens der Verwaltung wurde darüber informiert, dass es im Sommer eine neue Befragung von Kindern und Jugendlichen geben soll. Dies ist aus unserer Sicht sehr zu begrüßen! Wir hoffen natürlich, dass aus den Ergebnissen gute zukunftsfähige Entscheidungen abgeleitet werden können. Großes Lob an dieser Stelle an die jungen Leute, die sich im Kinder- und Jugendbeirat und darüber hinaus engagieren!

Neuer Auftakt für den Sportbeirat

Mit kleinerem Verzug wurde im April nun endlich die Mitglieder des Sportbeirats berufen. Das ist außerordentlich zu begrüßen! Schließlich haben wir nicht nur viele Sportstätten, sondern in unserer Gemeinde viele Menschen, die in Vereinen und darüber hinaus sportlich sehr aktiv sind. Kritiker mögen jetzt entgegnen, dass mit der Erweiterung von Angeboten (z. B. mit der neuen Sportanlage am Gruscheweg) auch neue Bedürfnisse geweckt werden. Ja, aber… Sport bietet vielfältige Möglichkeiten für Begegnung, Austausch und Verständigung. Wir wollen gern darauf achten, dass die Angebote barriere- und diskriminierungsfrei genutzt werden können.

Freifläche vor der Sporthalle im Sport- und Geschichtspark

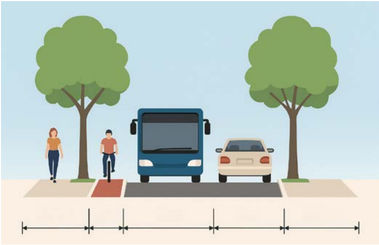
Wie weiter? Dazu gab es in der zurückliegenden Wahlperiode einen Beschluss: Einwohnerschaft und weitere Akteure (z. B. Jugendclub Blaupause, Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderung) sollten im Beteiligungsverfahren hier einbezogen werden, damit der in der Konzeption angelegte Park weiter entwickelt werden kann und die Nutzungsmöglichkeiten den Wünschen der Anwohnerschaft entsprechen. Der vorgesehene Zeitplan ist allerdings nicht aufgegangen. Nun soll erst noch eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus den Fraktionen beraten. Ok. Aber: Wird der Einwohnerschaft nicht zugetraut, hier konstruktiv Gestaltungsvorschläge einzubringen? Wenn man mal nicht weiter weiß…

Abschied und Neubeginn im Bürgerhaus

Bewährtes fortführen – neue Impulse setzen. In den zurückliegenden Jahren hat sich das Bürgerhaus zu einer festen „Größe" in der Kulturlandschaft entwickelt. Über unsere Gemeinde hinaus werden die Veranstaltungen sehr geschätzt und die Möglichkeiten für Austausch und Begegnung vielfach genutzt. Die Potenziale von Bibliothek, Restaurant, Kegelbahn, großem Saal und Vereinsräumen bestmöglich zusammenzubringen – das lag für viele Jahre in den Händen der Leiterin Regina Süßmuth. Vielen Dank an dieser Stelle für die tolle Arbeit! Dem Nachfolger Ralf Lauckner wünschen wir viel Erfolg!

Ernst-Thälmann-Straße: Altlast oder Zukunftschance?

Eine zentrale Straße, viele Interessen – und seit Jahren keine Umsetzung bestehender Beschlüsse. Jetzt will die Verwaltung endlich handeln. Doch der neue Vorschlag zur Ernst-Thälmann-Straße ignoriert bereits gefasste Beschlüsse und wirkt mehr wie ein unehrlicher Kompromiss mit der Vergangenheit als ein Plan für die Zukunft. Was braucht Neuenhagen wirklich – und wer hat den Mut, es umzusetzen?



Nur 12 Meter Platz: Wenn alle gleichberechtigt Platz haben sollen, wie kann dann ein Kompromiss aussehen? Grafik: ChatGPT.

Die Ernst-Thälmann-Straße ist mehr als nur ein Stück Asphalt im Zentrum Neuenhagens. Sie verbindet das Rathaus mit dem Bahnhof, führt vorbei an Ärzten, Apotheken, einem Supermarkt, einer Sparkassenfiliale, kleinen Geschäften, Wohnungen und dem Platz der Republik. Wer in Neuenhagen lebt, arbeitet oder einkauft, kommt an dieser Straße kaum vorbei. Doch gerade weil sie so zentral ist, wird sie seit Jahren kontrovers diskutiert – ohne jedoch, dass sich wirklich etwas verändert hat.

Seit über 15 Jahren ist die Ernst-Thälmann-Straße ein Dauerbrenner in der Kommunalpolitik. Sanierungsbedarf besteht zweifellos: Das zwar historische aber nie renovierte Kopfsteinpflaster ist laut, uneben und kaum befahrbar – vor allem für Radfahrende oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Die Busse poltern über die enge Fahrbahn, Parkplätze beanspruchen viel Raum, während sich Fußgänger:innen und Radfahrende oft an den Rand gedrängt fühlen. Gleichzeitig prägt die Allee aus alten Straßenbäumen das Bild der Straße – und steht bei jeder neuen Planung wieder zur Disposition

Es geht um Sanierung, Verkehrslärm, Baumerhalt, Parkraum – kaum ein Thema in Neuenhagen ist so aufgeladen wie dieses. Und kaum ein Thema zeigt deutlicher: Hier treffen Alltagsbedürfnisse, Ortsgeschichte, Mobilität der Zukunft unmittelbar aufeinander. Es ist höchste Zeit, dass wir nicht nur über Technik, Pflaster und Querschnitte reden – sondern darüber, was für eine Straße wir eigentlich wollen.

Mit den Bäumen fing so vieles an

Schon 2010 lagen erste konzeptionelle Überlegungen auf dem Tisch. Mit dem sogenannten Alleenkonzept entwickelte die Gemeinde eine Leitlinie für den Umgang mit dem alten Baumbestand im Ort. Das Ziel war: Verjüngung durch gezielte Nachpflanzungen und Rücksicht auf das charakteristische Ortsbild Neuenhagens als Gartenstadt. Es ging dabei um eine Ausgewogenheit zwischen Erhalt und Neuanpflanzung.

Dazu ist nicht unwichtig zu beachten, dass fast jede Baumreihe in Neuenhagen einstmals künstlich angelegt wurde. Im Bürgerhaus hängt ein Bild der Ernst-Thälmann-Straße aus der Zeit, in der die heutigen Bäume gepflanzt wurden. Dort erkennt man auch: Viele Jahre waren das karge Jungbäume, die kaum Schatten oder gar Charakter spendeten. Doch heute erkennt man, wie es sich lohnt, so einheitlich und langfristig planend vorzugehen.

Für die Überlegungen in 2010 bedeutete das: Das natürliche Ende dieser künstlich geschaffenen Allee neigt sich nun Baum für Baum dem Ende zu. Doch was tun? Alle paar Jahre nachpflanzen und einen Flickenteppich erzeugen? Oder radikal alles neu? Zwar gab es mehrfach Planungsansätze, aber echte Fortschritte blieben aus.

2016 und 2017 kam dann Bewegung in die Diskussion – vor allem durch einen fraktionsübergreifenden Antrag von Linke, CDU, SPD und GRÜNE. In dem Beschlussvorschlag von 2017 wurde die Straße nicht als einheitliches Bauprojekt, sondern in zwei funktional unterschiedliche Abschnitte gedacht: ein eher ruhiger Wohnbereich zwischen Gartenstraße und Professor-Zeller-Straße (sowie hinauf zum Rathaus) – und ein belebter Geschäftsbereich bis zur Eisenbahnstraße und zum Bahnhof.

Der Antrag sah die Rücksicht auf Anwohnende, Umwelt und Verkehrsteilnehmende vor. Im Wohnbereich sollte der alte Baumbestand geschützt und das Kopfsteinpflaster durch ein leiseres, radtaugliches Material ersetzt werden – ohne die Struktur der Straße zu zerstören. Im Geschäftsbereich war der Vorschlag: breite, barrierefreie Gehwege, Radfahrstreifen, neue Baumpflanzungen und ausreichend Parkraum – aber eben nicht auf Kosten der Aufenthaltsqualität.

Durch den fraktionsübergreifenden Ansatz bekam der Antrag auch eine Mehrheit. Doch was geschah? Nichts. Warum? Wenige Monate später kam es zum Wechsel im Rathaus, Ansgar Scharnke (parteilos) übernahm das Amt des Bürgermeisters und in kürzester Zeit wechselten auch die Verwaltungsspitzen.

Der neue Verwaltungsvorschlag 2025 – was ist geplant?

Es dauerte dann fast die gesamte Amtszeit, bis jetzt kurz vor den Neuwahlen ein neuer Anlauf genommen wurde. Doch zum Erstaunen aller ignorierte der neue Beschlussvorschlag einfach alles und kam wieder mit einem ganz neuen Ansatz. Der neue Vorschlag betrifft zunächst den Bereich zwischen Gartenstraße und Eisenbahnstraße – also jenen Abschnitt, der besonders stark befahren und zugleich am intensivsten genutzt wird. Ziel sei es, die Fahrbahn zu erneuern, die Entwässerung neu zu organisieren und die Gestaltung an die benachbarte Gartenstraße anzulehnen.

Die Fahrbahn solle künftig mit einem neu verlegten Granitpflaster ausgestattet werden, welches nicht nur robuster und optisch ansprechend, sondern vor allem radtauglich sein möge. Auf beiden Seiten der Straße blieben Parkstreifen erhalten, jeweils mit einem Sicherheitsstreifen zwischen Fahrbahn und geparkten Fahrzeugen. Damit wird vorgeschlagen, den Status quo weitgehend beizubehalten: Zwei Fahrzeuge könnten sich passieren, Busse und größere Fahrzeuge weichen sich weiterhin an Zufahrten aus.

Ein besonderer Akzent liegt auf dem Bereich vor dem REWE-Markt, der als sogenannter „Shared Space" ausgewiesen werden soll. Hier sollen Gehweg und Fahrbahn auf einer Ebene verlaufen, visuell lediglich durch Farben und Materialien voneinander getrennt. Die Idee dahinter: Alle Verkehrsteilnehmenden – zu Fuß, mit dem Rad, im Auto oder Bus – sollen gleichberechtigt miteinander umgehen, ohne klare Trennung durch Bordsteine oder Ampeln.

Auch beim Thema Bäume versucht die Verwaltung einen Kompromiss: Der vorhandene Altbestand solle möglichst erhalten bleiben, gleichzeitig würde punktuell mit Wurzelschutzsystemen und wasserdurchlässigen Pflasterungen gearbeitet, um langfristige Schäden zu vermeiden. Die Entwässerung würde künftig über einen neu geplanten Regenwasserkanal mit Anbindung an Rigolen erfolgen, ergänzt durch begrünte und versickerungsfähige Seitenbereiche.

Ein unehrlicher Kompromiss, der den wirklichen Problemen ausweicht

Was auf den ersten Blick nach einem ausgewogenen Plan aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als wenig ambitionierter Kompromiss. Denn an den eigentlichen Grundproblemen der Straße ändert sich kaum etwas. Der Radverkehr erhält keinen eigenen Raum und bleibt – trotz Sicherheitsstreifen – in der gleichen konfliktträchtigen Position wie bisher. Dabei gab es dafür doch schon Lösungen. Doch im Rathaus scheint man davon keine Kenntnis zu haben oder unnötig wieder alles aufrollen zu wollen. Leider bei gleichzeitigem Erzeugen neuer Probleme.

Die Aufenthaltsqualität, etwa durch breitere Gehwege oder begrünte Aufenthaltszonen, bleibt dem Shared Space vorbehalten – während der übrige Abschnitt vor allem weiterhin dem Durchgangsverkehr dient. Die Lösung für den Busverkehr bleibt diffus, die bestehende Belastung für Anwohnende unverändert hoch. Die bereits beschlossene Trennung der Straße in zwei unterschiedlich genutzte Abschnitte wird ignoriert. Der Vorschlag belässt es bei einer einheitlichen Lösung, die zwar modern anmutet, aber kaum echte Verbesserungen bringt.

So bringt der neue Vorschlag Bewegung in die Debatte – aber keine wirkliche Veränderung. Was fehlt, ist ein Konzept, das nicht nur alte Strukturen sanft modernisiert, sondern die Ernst-Thälmann-Straße neu denkt: als Ort der Begegnung, der sicheren und klimagerechten Mobilität, der sozialen Rücksichtnahme. Die Sanierung der Ernst-Thälmann-Straße muss ökologisch verantwortungsvoll und zukunftsfähig sein. Das bedeutet auch, dass die Nutzung aller im Mittelpunkt steht und nicht ein Verkehrsmittel – das Auto – überproportional bevorteilt wird.

Was jetzt passieren muss – unsere Forderungen

Erstens: Die Vorschläge aus dem Jahr 2017 müssen in die konkrete Planung einfließen. Damals wurde fraktionsübergreifend ein durchdachtes Konzept vorgelegt, das zwischen Geschäfts- und Wohnbereich unterscheidet – und entsprechend differenzierte Maßnahmen vorschlägt. Diese Ideen sind aktueller denn je. Sie bieten genau die Balance zwischen Funktionalität, Aufenthaltsqualität und sozialer Verantwortung, die der neue Verwaltungsentwurf vermissen lässt.

Zweitens: Es braucht echte Beteiligung der Bürger:innen. Nicht nur eine Informationsveranstaltung nach abgeschlossener Planung, sondern einen offenen, frühzeitigen Dialog. Viele Menschen leben seit Jahrzehnten an dieser Straße, führen dort ihre Geschäfte oder sind täglich auf sie angewiesen. Schon Scharnkes Amtsvorgänger, Jürgen Henze (parteilos), versuchte es immer wieder mit kaum überzeugenden Vorschlägen, bis er entnervt aufgab. Eine Neuauflage dessen hilft niemandem.

Drittens: Wir haben den Mut, eine neue Allee für die Zukunft auf den Weg zu bringen. Erhalten wir den Bestand im nördlichen Wohnbereich mit einem langfristigen Pflege- und Erneuerungskonzept, das vitale Altbäume erhält und gleichzeitig frühzeitig für Nachwuchs sorgt! Trauen wir uns zu, künftigen Generationen im Bereich der zentralen Nutzung bis zum Bahnhof eine einheitliche Allee, die wir jetzt neu auf den Weg bringen und gleichzeitig Platz für eine vielfältige Mobilität schafft, zu entwickeln!

Viertens – und ganz zentral: Die Verkehrswende beginnt auch in der Gemeinde. Umweltfreundliche Mobilität darf nicht nur als Nebeneffekt mitgedacht werden. Rad- und Fußverkehr müssen endlich Vorrang bekommen, nicht nur Duldung am Rand. Eine Straße, auf der man mit dem Fahrrad sicher unterwegs ist, zu Fuß gerne verweilt und der Bus zuverlässig und geräuschärmer fährt, ist keine Utopie – sondern Standard in vielen Gemeinden. In Zeiten der Klimakrise, steigender Energiepreise und wachsender sozialer Ungleichheit ist es schlicht unverantwortlich, weiter ein veraltetes Verkehrskonzept zu bedienen. ***[Redaktion]***